



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 10. Juli 2013  
(OR. en)**

**12181/13**

**ECOFIN 690  
UEM 283  
ELARG 105  
STATIS 67**

**VERMERK**

---

Absender:	Vorsitz
Empfänger:	Delegationen
Betr.:	Schlussfolgerungen zum Dialogtreffen der Minister für Wirtschaft und Finanzen der EU und der beitrittswilligen Länder vom 9. Juli 2013

---

Die Delegationen erhalten anbei die Schlussfolgerungen zum Dialogtreffen der Minister für Wirtschaft und Finanzen der EU und der beitrittswilligen Länder vom 9. Juli 2013.

**SCHLUSSFOLGERUNGEN ZUM DIALOGTREFFEN DER MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND FINANZEN  
DER EU UND DER BEITRIITTSWILLIGEN LÄNDER**

Die Minister für Wirtschaft und Finanzen der EU und der beitrittswilligen Länder, Vertreter der Kommission und der Europäischen Zentralbank sowie Vertreter der Zentralbanken der beitrittswilligen Länder sind zu ihrem 15. wirtschaftspolitischen Dialogtreffen zusammengekommen. Sie haben begrüßt, dass Island, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien und die Türkei ihre wirtschaftlichen Heranführungsprogramme für 2013 vorgelegt haben, in denen sie ihren mittelfristigen makroökonomischen Rahmen, ihre haushaltspolitische Strategie und ihre Agenda für Strukturreformen erläutern. Die Programme betreffen den Zeitraum 2013-2015.

**Schlussfolgerungen**

Die Minister stellen fest, dass es den beitrittswilligen Ländern im Großen und Ganzen gelungen ist, unter schwierigen Rahmenbedingungen die makroökonomische Stabilität zu wahren. Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Stabilität ist allerdings, dass die strukturellen Wachstumshemmnisse in transparenter Weise analysiert werden und die beitrittswilligen Länder fest entschlossen sind, weitere wichtige Maßnahmen durchzuführen. Vor diesem Hintergrund weisen die Minister auf potenzielle Abwärtsrisiken und Schwachpunkte hin; sie rufen deshalb dazu auf, weiterhin konsequent zu handeln, und ersuchen die beitrittswilligen Länder, die erforderlichen nachhaltigen wachstumsorientierten politischen Maßnahmen und Strukturreformen durchzuführen.

**Was Island betrifft**, so begrüßen die Minister die bemerkenswerten Anstrengungen, die das Land zur Stabilisierung der Wirtschaft nach dem Beinahezusammenbruch seines Finanzsystems unternommen hat; doch gibt es nach wie vor erhebliche Risiken. Die bestehenden Beschränkungen des Kapitalverkehrs behindern den Wettbewerb auf den Kapitalmärkten, wirken sich negativ auf das Geschäftsklima aus und könnten einheimische und ausländische Investoren abschrecken. Die Minister fordern Island daher auf, seine Strategie für eine schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs auszubauen und sie durch Makrofinanzaufsichtsinstrumente, die die makrofinanzielle Stabilität gewährleisten, zu ergänzen.

Die Gesamtinflation schwächte sich 2012 zwar ab, lag aber immer noch über dem Schwellenwert des Inflationsziels. In dieser Hinsicht muss Island weiterhin einen sehr strikten geldpolitischen Kurs verfolgen, und die Zentralbank sollte diesbezüglich wachsam sein.

Die Minister unterstreichen, dass es strukturelle Hemmnisse gibt, wie etwa die geringe Diversifizierung der Wirtschaft, die das Land anfällig machen für asymmetrische Schocks und es daran hindern, sein Wachstumspotenzial auszuschöpfen. Um den bestehenden Produktivitätsrückstand aufzuholen, dürfte es vor allem darauf ankommen, dass die Wirtschaft weiter für den internationalen Wettbewerb geöffnet wird und dass die Größenvorteile der Unternehmen zunehmen. Überdies muss Island sein Wachstumspotenzial erhöhen, indem es die Effizienzgewinne in Sektoren mit geringer Arbeitsproduktivität steigert.

Die Minister weisen darauf hin, dass die hohe Staatsverschuldung von rund 100 % des BIP nach wie vor ein Schwachpunkt ist, und begrüßen, dass die Regierung die Schuldenquote durch Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung auf 60 % des BIP senken will. Der jüngste Versuch, die Einnahmen durch Ad-hoc-Maßnahmen und befristete Maßnahmen zu erhöhen, kann die Haushaltslage zwar kurzfristig verbessern; dennoch werden die Behörden nicht umhinkommen, strukturelle Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, mit denen die haushaltspolitischen Ziele auf mittlere bis lange Sicht wirksam erreicht werden können. Parallel dazu müsste der Haushalt in Richtung auf eine stärker wachstumsorientierte Ausgaben- und Einnahmenstruktur umgestaltet werden.

Die Minister rufen Island auf, die in seinem wirtschaftlichen Heranführungsprogramm enthaltenen Informationen weiter zu verbessern durch (i) Angabe alternativer Wachstumsszenarien und eine eingehendere Analyse der Verbindungen zwischen dem Finanzsektor und dem mittelfristigen Wachstumsszenario; (ii) detaillierte Angaben zu den geplanten Maßnahmen für einen weiteren Ausbau der Finanzaufsicht; (iii) eingehendere Erörterung der Dauer und Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits und (iv) Angabe eines klaren Zeitplans und der genauen Abfolge der geplanten Reformmaßnahmen zusammen mit deren geschätzten Auswirkungen auf den Haushalt.

**Was die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien betrifft**, begrüßen die Minister die Prioritäten bei den geplanten Reformen auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungsbereich und bei den Rahmenbedingungen der Unternehmen, mit denen strukturelle Schwächen beseitigt und das Wachstumspotenzial des Landes erhöht werden sollen. Des Weiteren sollte das Land zusätzliche Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ergreifen, indem es Innovationen fördert und die Ausfuhren in Richtung auf höherwertige Märkte diversifiziert und hierdurch auch die strukturelle Arbeitslosigkeit verringert.

Die Minister begrüßen die Anstrengungen der Zentralbank zur strikten Steuerung des Wechselkurses, von der das Land durch die Verankerung der Inflationserwartungen bislang profitiert hat, wodurch wiederum die Währungsbehörden auch weiterhin eine Mischung von konventionellen Maßnahmen und Sondermaßnahmen zur Förderung des Wirtschaftswachstums anwenden konnten. Allerdings stellen die Wiederherstellung des Bankkreditkanals und die anhaltenden Besorgnisse im Hinblick auf die Werthaltigkeit der Bankaktiva weiterhin Problempunkte dar, die es anzugehen gilt.

Angesichts des moderaten, jedoch steigenden Defizit- und Schuldenstands sollten die Behörden einen realistischen Plan für die Rückkehr zu einer tragfähigen Haushaltspolitik festlegen. Die Minister weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es dem finanzpolitischen Rahmen nach wie vor an Kohärenz fehlt; sie raten den Behörden daher, ihre Haushaltsplanung weiter zu verbessern und ihre Verwaltungskapazitäten zu verstärken.

Schließlich empfehlen die Minister der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, die Vorlage von Haushaltsmitteilungen wiederaufzunehmen und dabei die Einhaltung der ESGV 95-Klassifikation zu gewährleisten. Die detaillierte Angabe konkreter Maßnahmen zur Umsetzung der haushaltspolitischen und strukturellen Reformstrategien einschließlich eines Zeitplans und der erwarteten Auswirkungen würde sich positiv auf das wirtschaftliche Heranführungsprogramm auswirken.

**Was Montenegro betrifft**, begrüßen die Minister die geplanten Reformen zur Beseitigung der strukturellen Schwachstellen des Landes. Sie betonen allerdings auch, dass zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um den nach wie vor anfälligen Bankensektor weiter zu stabilisieren, und fordern die Behörden auf, für eine Verbesserung der Lage zu sorgen, indem der Regulierungs- und Aufsichtsrahmen für den Bankensektor weiter gestärkt wird und die Probleme im Zusammenhang mit der Werthaltigkeit der Bankaktiva angegangen werden.

Die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte stellen nach wie vor ein strukturelles Problem dar, und in der Wirtschaft besteht ein erheblicher Finanzierungsbedarf, um das Leistungsbilanzdefizit zu decken und die Tilgung der Auslandsschulden zu ermöglichen.

Mit Blick auf die einseitige Euroisierung<sup>1</sup> ist der geld- und währungspolitische Spielraum Montenegros sehr begrenzt, wodurch die Haushaltspolitik und Strukturreformen eine noch stärkere Rolle spielen; das hohe gesamtstaatliche Defizit und die wachsende öffentliche Verschuldung machen eine weitere haushaltspolitische Anpassung und Konsolidierung erforderlich.

Auf lange Sicht wird sich die Schaffung wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen in erster Linie auf eine kontinuierliche Umsetzung von Strukturreformen zur Erhöhung der Produktivität von Arbeit und Kapital stützen müssen. Hierfür ist es wichtig, die wirtschaftlichen Tätigkeiten hinreichend zu diversifizieren, die hohe Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Exposition gegenüber exogenen Risiken wie Energie- und Rohstoffpreisschocks zu reduzieren.

Die Minister bestärken Montenegro darin, seine haushaltspolitische und finanzielle Stabilität als Vorbedingung für ein langfristiges Wirtschaftswachstum zu stärken und das wirtschaftliche Heranführungsprogramm durch eine eingehendere Analyse der Tragfähigkeit der Zahlungsbilanz sowie der Quellen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.

---

<sup>1</sup> Die Minister erinnern an den Standpunkt des Rates zur einseitigen Euroisierung aus dem Jahre 2007, den die montenegrinischen Behörden uneingeschränkt berücksichtigen sollten.

**Was Serbien betrifft**, stellen die Minister fest, dass die Behörden einen Großteil der strukturellen Schwachstellen identifiziert haben und dass die für deren Behebung erforderlichen Maßnahmen entweder in Planung oder in Vorbereitung sind. Die zeitnahe Umsetzung dieser Maßnahmen bleibt jedoch eine zentrale Herausforderung. Um die Glaubhaftigkeit der Reformagenda sicherzustellen, muss Serbien die verschiedenen Reformabsichten in die Praxis umsetzen und hierfür genaue Aktionspläne erstellen. Eine Beschleunigung der Strukturreformen zur Steigerung der Produktivität und eine stärkere Verlagerung auf ein nachhaltigeres Wachstumsmodell ist von zentraler Bedeutung, um die mittel- und langfristigen Perspektiven zu verbessern.

In einer Situation, in der eine starke Abwertung der Währung aufgrund der starken Euroisierung des Landes schwerwiegende Auswirkungen auf die finanzielle und makroökonomische Stabilität gehabt hätte, erkennen die Minister die Anstrengungen der Zentralbank an, diese Auswirkungen durch häufige Interventionen auf dem Devisenmarkt und den schrittweisen Abbau der Liquiditätsüberschüsse abzuschwächen, und begrüßen die graduelle Straffung des geldpolitischen Kurses mit Blick auf eine Stabilisierung der Inflationserwartungen. Die Minister betonen jedoch die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung des geld- und währungspolitischen Handlungsrahmens durch eine feste Verankerung der Inflationserwartungen, die – zusammen mit einer stabilen und unabhängigen Zentralbank – ein wesentlicher Faktor der Steuerung des Inflationsziels ist, sowie durch eine Verbesserung der Solidität des Finanz- und Bankensektors, um den geldpolitischen Transmissionsmechanismus zu verbessern.

Sie heben die Notwendigkeit einer ehrgeizigen, zügigen und ausgabenorientierten haushaltspolitischen Anpassung hervor. Insgesamt sind zur Sanierung der öffentlichen Finanzen nachhaltige Anstrengungen erforderlich; hierzu zählen auch umfassende Strukturreformen zur Verringerung und Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben, um eine nachhaltige haushaltspolitische Anpassung zu gewährleisten und mehr Raum für wachstumsfördernde Ausgaben zu schaffen. Besonders vordringlich sind die Straffung der Vorschriften für staatliche Beihilfen und weitere Reformen des Rentensystems.

Die Minister betonen, dass weitere Maßnahmen ergriffen werden sollten, um die administrativen und rechtlichen Hindernisse für die Unternehmen zu verringern. Des Weiteren müsste die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und das Funktionieren der Gütermärkte verbessert werden, um die Volatilität der Inflation zu begrenzen und dadurch die Belastung der Geldpolitik in Serbien zu verringern. Zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit und zur Förderung der nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen sind energische Maßnahmen erforderlich.

Die Minister rufen Serbien auf, die in seinem wirtschaftlichen Heranführungsprogramm enthaltenen Informationen zu verbessern durch i) Darstellung eines alternativen makroökonomischen Szenarios und ii) eine explizitere Verknüpfung der makroökonomischen Szenarien mit den Maßnahmen für Strukturreformen.

**Was die Türkei betrifft**, begrüßen die Minister die politischen Maßnahmen zur Herbeiführung einer sanften Landung der Wirtschaft und zur anschließenden Verringerung der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte.

Sie stellen fest, dass die Mischung aus monetären und makroaufsichtlichen Maßnahmen der Zentralbank zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Da einige der eingeführten Maßnahmen auf der anderen Seite allerdings die Berechenbarkeit der Geldpolitik verringert haben, ist mehr Transparenz bei den geldpolitischen Entscheidungen erforderlich. Aufmerksamkeit erfordert auch das mittelfristige Ziel der Preisstabilität, da die Inflation – obschon sie sich verlangsamt hat – und die Inflationserwartung nach wie vor hoch ist.

Die Minister begrüßen die jüngste Reform bei den privaten Renten und die mittelfristig angestrebte Haushaltsdisziplin. Durch eine höhere inländische Sparquote kann die hohe Abhängigkeit von kurzfristiger Fremdfinanzierung verringert werden, ein Schwachpunkt, der durch den starken Rückgang des Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2012 abgedeckt worden ist, der aber erneut zum Tragen kommen dürfte, wenn das künftige Wachstum durch die inländische Nachfrage angekurbelt werden soll. Die Minister empfehlen der Türkei, an einem hinreichend restriktiven finanzpolitischen Kurs festzuhalten, da dies auch den Mix makroökonomischer Maßnahmen verbessern würde.

Strukturreformen zur Stärkung des Investitionsklimas würden zu mehr privaten Investitionen und zu mehr ausländischen Direktinvestitionen führen und so eine nachhaltigere Finanzierung der Leistungsbilanz gewährleisten und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessern. Die Minister appellieren in diesem Zusammenhang an die Türkei, ihre Humanressourcen durch Weiterverfolgung der Bildungsagenda und Vertiefung und Ausweitung der Arbeitsmarktreformen weiterzuentwickeln und besser zu nutzen. Gleichzeitig besteht Raum für eine weitere Stärkung des Wettbewerbs durch Fortsetzung der Liberalisierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte, speziell bei den nicht gehandelten Dienstleistungen, wodurch auch der Aufwärtsdruck auf die Preise verringert und die Produktivität gesteigert wird.

Die Minister rufen die Türkei auf, die in ihrem wirtschaftlichen Heranführungsprogramm enthaltenen Informationen zu verbessern, indem sie die Maßnahmen aufführt, die den haushaltspolitischen und strukturellen Reformstrategien zugrunde liegen sollen.

**Insgesamt** betonen die Minister, dass sie entschlossen sind, diesen Beobachtungsprozess fortzusetzen, mit dem eine kontinuierliche Verankerung der mittelfristigen Wirtschaftsprogramme der beitriftswilligen Länder sichergestellt werden soll. Sie ermutigen die beitriftswilligen Länder zu weiteren Fortschritten bei ihrer Gesamtwirtschafts-, Haushalts- und Strukturpolitik. Sie werden im Laufe des Jahres 2014 wieder zusammentreten und ihren Dialog fortsetzen. Auch auf der Ebene des Wirtschafts- und Finanzausschusses und der entsprechenden Gremien wird der Dialog im Jahr 2014 fortgesetzt werden.

**Was die Statistiken betrifft**, weisen die Minister auf die Bedeutung verlässlicher und aktueller Daten hin; sie begrüßen daher den Bericht über den Stand der Durchführung des Aktionsplans für Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstatistiken in den beitriftswilligen Ländern (2013). Sie haben mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass alle beitriftswilligen Länder Fortschritte bei der Erfüllung der Anforderungen des Aktionsplans erzielt haben; allerdings sind in einigen Statistikbereichen nach wie vor zusätzliche Bemühungen erforderlich, um diesen Anforderungen umfassend zu genügen.

---